

Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V.

Berlin, Februar 2012

62. Jahrgang, Nr. 712

Hoher, selbstloser Einsatz für die Aufarbeitung des Unrechts

Wurzener VOS-Kameraden erhielten hohe Auszeichnung und empfinden das als Ansporn und Ehre

Mit dem Ehrenpreis des Landkreises Leipzig wurden im Januar die Kameraden der VOS-Bezirksgruppe Wurzen ausgezeichnet. Damit wurde der seit vielen Jahren gezeigte ehrenamtliche Einsatz insbesondere der Kameraden Radigk, Kretschmer und Starke gewürdigt. Wie auch in der Fg schon berichtet, organisieren die Wurzener regelmäßig Busfahrten für und mit Schulklassen zu den Gedenkstätten, an denen unmenschliches Unrecht an den Opfern und Widerständlern des Kommunismus begangen wurde. Hauptziele sind die einstige Stasi-Haftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen und die Gedenkstätte im früheren Lager Mühlberg sowie das Zuchthaus Waldheim.

Dass diese Auszeichnung hoch verdient ist, erkannte vor allem der frühere Wurzener Oberbürgermeister Dr. Jürgen Schmidt, der die Wurzener Gruppe nunmehr zum wiederholten Male für diesen Ehrenpreis vorgeschlagen hatte. Dr. Schmidt, dessen Großvater in Mühlberg inhaftiert war, hat bereits zu seiner Amtszeit viel für die VOS-Gruppe getan, was sich allerdings in der Amtszeit seines Nachfolgers fortsetzt, denn auch Oberbürger-

meister Rechlin kümmert sich um die Kameraden, indem er ihnen für die Gruppentreffen einen Raum zur Verfügung stellt und sie mindestens einmal im Jahr zu einer Kaffeetafel einlädt. Zudem nimmt Herr Rechlin auch an Fahrten mit den Schulklassen teil und setzt sich dafür ein, dass die Schulleitungen mehr Interesse an der Nutzung des Zeitzeugenangebotes zeigen.

Die Fahrten zu den Gedenkstätten

bracht. Die Kameraden der Bezirksgruppe sind seit vielen Jahren eine fest verschworene Gemeinschaft, in der sich einer auf den anderen verlässt. So ist es auch selbstverständlich, dass im März, Mai und Juni weitere Fahrten stattfinden, wobei Horst Radigk die Verhandlungen mit den Geldgebern und den Busunternehmen führt. Da für die Schülerinnen und Schüler auch das leibliche Wohl eine Rolle spielt und die Reise

nach Berlin einen gewissen Sightseeing-Effekt bekommen soll, sind fast immer Bus-Stopps bei McDonalds und Ähnliches eingeplant.

Das heißt aber nicht, dass an der persönlichen Geschichte der VOS-ler kein Interesse bestünde. Die

Wissbegierde

ist groß, das Staunen und der Respekt vor den Schicksalen sind es nicht minder.

Vorstand und Redakteur schließen sich den Glückwünschen für diese fast unauffällige, aber großartige Form der Zeitzeugenarbeit an. Dies ist vorbildlich und verdient in der Tat große Anerkennung. A.R.

Foto: rechts Landrat Dr. Key mit E. Kretschmer und H. Radigk. Dr. Schmidt unten links mit Tafel.

Foto-© Dr. Schmidt



sind für die Kameraden zugleich eine Reise in die eigene Vergangenheit, haben sie doch alle harte Jahre in den Klauen der SED-Justiz zubringen müssen. Horst Radigk, inzwischen 72 Jahre, war zuerst in Berlin-Lichtenberg und danach in Waldheim eingesperrt und kam hier auch mit dem seinerzeit zu Symbolfigur des Widerstands gewordenen Hermann Josef Flade zusammen. Erhard Kretschmer (83 Jahre) saß von 1946 bis 1948 in Waldheim und wurde von hier nach Sibirien ver-

In den letzten Wochen wurde mal wieder auf theatralische Weise in der Öffentlichkeit gejamert, dass einige Vertreter der Partei Die Linke vom Verfassungsschutz *beobachtet* würden. Prompt verbreitet sich eine Atmosphäre der Betretenheit, und es hieß: Wie kann man sowas tun, die sind doch viel zu harmlos.

Ich möchte mal die Frage außer Acht lassen, ob die Abgeordneten der Linken wirklich harmlos sind oder ob sie nicht tatsächlich jene Kreise mit abdecken, die mit „außerparlamentarischen Mitteln“ eine Änderung der bestehenden Staatsform herbeiführen, sprich die Demokratie in eine Diktatur umwandeln wollen. Wer nämlich offen Kommunismus-Debatten anberaumt und anschließend noch zu feige ist, sich dazu öffentlich zu bekennen, den sollte man sich auf jeden Fall mal genauer anschauen oder eben *beobachten*.

Ich möchte vielmehr jeden Vergleich zurückweisen, der hier zwischen der heutigen Form des Recherchierens und der vormaligen Spitzerei und psychischen Zermür-

bung von Bürgern in der DDR gezogen wurde. Ein OV, Operativer Vorgang, wie ich selbst ihn in der DDR über mich ergehen lassen musste, hat nicht die geringste Gemeinsamkeit mit dem, was hier als sogenannte Beobachtung vor kommt. Mir ist auch nicht bekannt,

Auf ein Wort = des Redakteurs

dass die hinterhältigen Praktiken, wie sie das MfS anwandte, jemals in einer anderen Staatsform außer der kommunistischen benutzt wurden. Wer diese Praktiken verteidigt oder auch nur übergeht, die der Geheimdienst MfS angewandt hat, der kann nicht für sich in Anspruch nehmen, glaubwürdige Politik zu machen. Als Beispiel möchte ich nur anführen, dass in der Einraumwohnung, die ich in den 1980er Jahren mit meiner damaligen Freundin bewohnte, wochenlang heimlich abgehört worden bin. Alle Besuche, alle Gespräche wurden registriert. Dazu gehörte

auch alles, was sich im Intimleben oder im Sanitärbereich abspielte.

Vieles von dem, was in der DDR an Widerwärtigkeiten vorkam, wurde durch das DDR-Museum, das unser Kamerad Klaus Knabe in Pforzheim mit sehr viel Mühe und Akribie eingerichtet hat und das inzwischen Tausende Besucher, darunter viele Schulklassen, besichtigt haben, durch Zeitzeugnisse und Gegenstände dokumentiert. Das Museum beinhaltet auf relativ wenig Raum zahllose Exponate, zu denen Dokumente und Gegenstände gehören, die vor allem die Armseligkeit und die Banalität der DDR belegen.

Wir alle bedauern den Tod von Klaus Knabe aufs Tiefste. Aber er selbst hat mit seiner Sammlung ein Zeugnis hinterlassen, das seinen Namen und das Vermächtnis zur Geschichtsaufarbeitung an viele spätere Generationen weiterreichen kann. Nicht zuletzt werden wir als VOS und ich als Redakteur der Freiheitsglocke in diesem Sinne weiterhin wirken.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

Mit seinen Exponaten hat er mehr als 50.000 Menschen erreicht Zum Tode von Klaus Knabe

Klaus Knabe, Gründer des DDR-Museums in Pforzheim, ist im Alter von 72 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit am 11. Februar 2012 gestorben. Eine einzigartige historische Sammlung in Deutschland zur SBZ/DDR-Geschichte ist sein Lebenswerk. Über 50.000 Menschen, darunter 700 Schulklassen, besuchten das Museum seit 1988.

Mehr als 3.000 Exponate sind auf drei Etagen ausgestellt, die dem Besucher 45 Jahre Geschichte der zweiten Diktatur in Deutschland vermitteln. An die Schicksale der politischen Häftlinge in den „Speziallagern“, den Stasi-Untersuchungshaftanstalten und den Zuchthäusern ist es Klaus Knabe gelungen, die kommunistische Gewaltherrschaft anschaulich darzustellen. Von uns Opfern gebührt ihm daher ein besonderer Dank.

Kamerad Knabe war gefeit vor Geschichtsklitte rung und Verklärung der ehemaligen DDR. Aufklären und Erklären waren seine Anliegen. Dem leidenschaftlichen Verfechter von Demokratie und Freiheit wurden die hohen Ehrungen des Bundesverdienstkreuzes (2002) und des Deutschen Einheitspreises (2006) zuteil.

Gisela Lotz

Nur 8 Prozent – die Genossen leiden Linke zu Recht werden weiter beobachtet

Das Kampfgeschrei der Partei „Die Linke“ in Berlin, die sich gerne auch „demokratische Linke“ nennt, um darauf aufmerksam zu machen, dass sie sich grundsätzlich von der „undemokratischen Linken“, der SED, unterscheidet, verkennt die Absichten des Verfassungsschutzes in einem zentralen Punkt! Auch wenn sich diese Partei seit Dezember 1989 dreimal umbenannt hat, von der SED zur PDS zur Linkspartei zu „Die Linke“, so ist sie dennoch im demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland nicht heimisch geworden. So leiden die Genossen sehr darunter, dass sie nicht mehr so horrende Wahlergebnisse erzielen wie 99,99 Prozent zu DDR-Zeiten, sondern nur noch acht.

Um ihnen den Übergang in die Demokratie zu erleichtern, hat der Verfassungsschutz aus therapeutischen Gründen die Entscheidung getroffen, sie auf ähnlich stringente Weise überwachen zu lassen, wie das die Staatssicherheit bis zum Mauerfall gemacht hat. Das ist ihnen, so die Überlegung, recht vertraut, und sie könnten dann langsam heimisch werden hierzulande. Nach gelungener Integration winkt ein Sektfrühstück mit Angela Merkel! *Dr. Jörg B. Bilke*

Das Zitat: *In Deutschland gilt derjenige, der auf Schmutz hinweist, als viel gefährlicher als derjenige, der den Schmutz verursacht.* Kurt Tucholsky

In dieser Ausgabe:

Titelseite

Jedes Jahr finden mehrere Touren statt

Wurzener VOSler werden ausgezeichnet

Redaktionsthema:

Ist Beobachten das gleiche wie Bespitzeln? 2

Geht der Abwärtstrend weiter?

Die berechtigten Leiden der Linken 4

Ein beispielloses Werk hinterlassen

Museumsgründer Klaus Knabe ist tot 2

Gesundheitliche Folgen nicht zu übersehen

Über den Umgang mit den SED-Opfern 4

Eine Mehrheit will ihn weghaben

Hatte Christian Wulff in der VOS keine Fürsprecher 4

Beobachtung der Linken notwendig

Hugo Diederich schreibt an Günter Jauch 4

Sind Zeitzeugen eher unerwünscht?

Viele Opfer würden ihre Erfahrungen gern weitergeben, aber es fehlt an Einladungen 5

Muss und kann die FG noch mehr tun?

Über das Engagement für Besserungen bei der Gewährung der Ehrenpension 5

Haben diese Leute echt Widerstand geleistet

Über „Promis“ und ihren wirklichen Weg 5

Die Gerichte wissen es besser

Wie will man deutschen Gerichten die Haftbedingungen der DDR erklären? 5

Ein Mann des Widerstands, ein Opfer

Über Herman Josef Flade 6

Vieles ist noch im Argen

In den alten Bundesländern fehlen ganz konkret Opferbeauftragte 6

Im Internierungslager X zermürbt

Gerd Franke stemmte sich früh gegen das SED-Regime 7

Erziehung und Abschreckung per Fallbeil

Das Schicksal Manfred Smolkas 8

Da zeigte die DDR ihr wahres Gesicht

Die Todesstrafe gehörte zum ideologischen Repertoire 9-10

Jahre ohne Hoffnung und Menschlichkeit

Ein deutsches Buch für Amerikaner 9

Arbeit muss unbedingt fortgesetzt werden

Zeitzeugen treffen in Bochum 10

Das Wort Stalinismus stört

Vorbehalte zum Eintritt in die VOS 12

- Leserbrief, Kommentare 4, 5, 11, 12

- Zitate, Denksprüche, Gedichte 2, 4, 5, 10

- Suche von Zeitzeugnissen, Impressum 12

- Nachrufe 11

Nach Redaktionsschluss: VOS begrüßt die erfolversprechende Kandidatur von **Joachim Gauck** zur Wahl des Bundespräsidenten und dankt Kanzlerin Angela Merkel für deren kluges und weitsichtiges Verhalten bei der Entscheidungsfindung für diesen Kandidaten.

+ Klaus Knabe verstorben +

Wir trauern um unseren Kameraden Klaus Knabe, mit dem wir einen stillen und geschichtsbewussten Kameraden verlieren, der sich für die Wahrheit in der Geschichte eingesetzt hat. Er hinterlässt das Zeugnis seines unermüdlichen Schaffens. Die VOS appelliert an alle Politikerinnen und Politiker des Landes, die sich zur Demokratie bekennen, aktiv für die Fortführung des von Klaus Knabe geschaffenen Werkes zu sorgen. *Bundesvorstand, Redakteur Freiheitsglocke*



Meinungen zu Klaus Knabe und dem Museum:

Ich konnte Herrn Knabe aus meiner DDR-Zeit ein wertvolles Ausstellungsstück besorgen und mehrere interessante Gespräche mit ihm führen. Die Angehörigen der Linkspartei sollten sich dieses einmalige Museum einmal ansehen, damit das Gefasel vom demokratischen Sozialismus aufhört. *Quelle: Internet*

Es ist erstaunlich und beglückend, was hier für ein Fundus zusammengetragen wurde. A.R.

Es ist erstaunlich, dass ein Land so total verschwunden ist und danach noch in so vielen Köpfen lebendig bleibt. Und dies auf eine derart unterschiedliche Betrachtungsweise. In Knabes DDR-Museum gilt jedoch nur eine Perspektive. Das ist die Wahrheit, wie sie auch viele erlebt haben. *H. Diederich*

Große Zahl von Spendern im Februar

Jürg Dollny, Waltraud und Heinz Noack, Helmut Günther, Horst Radigk, Wilfried Klinkradt, Edith und Werner Kosel, Günter Prescher, Klaus Feibig, Gerhard Bartels, Bezirksgruppe Wurzen, Horst Hollandt, Christoph Glaßer, Harald und Barbara Beständig, Gudrun und Klaus Schönberg, Ernst Levin, Friedrich August Gregor, Margarethe und Albin Lichy, Renate und Wolfgang Thamm, Monika und Stefan Obst, Christian Ebert, Helge Olvermann, Helge Olvermann, Thomas Hainich, Rolf Unger, Christa und Bernd Pieper, Günter Rößger, Lothar Baumann, Barbara und Johann Becke, Rudi Richter, Rudolf Koschek, Dietrich Koppe, Ljudmilla und Jürgen Fuhrmann, Werner Wäsche, Sonja und Karl-Heinz Fricke, Heinz Holschke, Karl-Heinz Werner, Hand-Dietrich Kieckbusch, Ingrid und Michael Faber, Gerd Lewin, Dieter Finschow, Bernd Westphal, Hildegard und Heinz Stein, Heribert Myschi, Gerhard Lätsch, Rudolf Keick, Horst Ahrens, Kurt Eifler, Hartmut Behle, Gisela Härtel, Ursula und Rudi Feustel, Erika und Johann Leeb, Dr. Bernd Röhlig, Gunnar Rieger, Jürgen Laue, Waltraud und Johannes Rink, Erwin Kujadt, Herbert Jacob, Siegfried Päßler, Liesel Mayer, Günter Schreiber, Edith Anders

Allen Genannten ein herzliches Dankeschön

Beschämend, peinlich und unangemessen

Warum werden die SED-Opfer als Opfer zweiter Klasse abqualifiziert?

☒ Ist es nicht beschämend, wie die Opfer der SED-Diktatur heutzutage behandelt bzw. einfach abgefertigt werden? Ich denke schon, und gern würde ich eine plausible Begründung für die Ungleichbehandlung für die Opfer beider deutscher Diktaturen zur Kenntnis nehmen. So könnte ich wenigstens versuchen, eine sinnvolle gesellschaftspolitische Motivation darin zu erkennen. Insbesondere Menschen, die vor bundesdeutschen Gerichten für ihre politische Inhaftierung in der DDR rehabilitiert wurden, können o. g. Gebaren der Politik nicht recht nachvollziehen. Auch sie haben sich unter erheblichen Repressalien und oftmals unter Einsatz ihres Lebens einem diktatorischen Deutschland widersetzt.

Es ist mir unbegreiflich, wie die Opferpersonen nationalsozialistischer und kommunistischer Widerständler so eklatant divergieren können. Eine begreifbare moralisch politische Rechtfertigung kann ich jedenfalls nirgends erkennen.

Gerade Menschen, die sich unter totalitären Verhältnissen nicht schuldig machen wollten und daher handelten, anstatt sich lediglich intellektuell distanzieren zu verhalten, stellen eine humanistisch geprägte Bereicherung für unsere heutige Gesellschaft dar.

Vielleicht sollten sich einige Politiker einmal selbst die Frage zumuten, wie sie ihren persönlichen Widerstand unter o. g. Bedingungen geleistet hätten. Opfer deutscher Diktaturen in erste und zweite Rangordnung einzustufen, halte ich für sehr bedenklich und vor allem beschämend für unseren heutigen Rechtsstaat.

Einige von uns haben den Zersetzungsmaßnahmen und der Folter widerstanden. Die gesundheitlichen Folgen sind heute jedoch vielfach nicht mehr zu übersehen.

Unter der „ehrenden“ Behandlung der Opfer stelle ich mir etwas anderes vor als das Zertifikat „Opfer zweiter Klasse“. Das ist einfach demütigend, und die Demütigungen uns gegenüber scheinen kein Ende nehmen zu wollen.

Wolfgang Schmidt, Berlin

Nicht nur Zustimmung für diesen Artikel

Zum Leitartikel in Fg 711 „Schweigen und Aussitzen sind die falschen Mittel“

☒ Liebe Kameraden!

Lieber Herr Richter!

Lieber Herr Thonn!

Der Artikel zur Affäre Wulff wird Ihnen nicht nur Zustimmung bringen, ist aber natürlich durch die Meinungsfreiheit gedeckt. Herr Thonn, Sie behaupten, dass es Leute gebe, „die ihn weghaben wollen, weil sie der freiheitlich demokratischen Ordnung im Land schaden möchten - egal wie.“

Meines Erachtens wird umgekehrt „ein Schuh“ draus: Weil Herr Wulff durch seine „Vorteilsnahme“ als Ministerpräsident von Niedersachsen der freiheitlich-demokratischen Ordnung im Land geschadet hat und zu weiterer Politik- und Politikerverdrossenheit führt, gibt es inzwischen eine Mehrheit der Bürger, die ihn weghaben wollen. Ich hoffe, dass viele VOS-Mitglieder auch so oder ähnlich denken.

*Peter Joachim Lapp,
Ex-Waldheim-Häftling,
DLF-Redakteur i. R.
(von 1977 bis 1997)*

Zitate

Die Akten belegen: Die DDR war ein Unrechtsstaat, der sich große Mühe gab, für einen Staat höherwertigen praktizierten Klassenkampfrechts gehalten zu werden.

*Lutz Rathenow,
Landesbeauftragter in Sachsen
in Online-Nachrichten*

Der beflügelte Extremismus der FDJ war ein Triumphzug, bei dem die Menschen jeder Freiheit beraubt waren und wo allein das Weltbild der sozialistisch-kommunistischen Vorherrschaft goltgen hat.

Andreas Kaiser Bonn

Aufklärung täte dringend not Briefwechsel mit der ARD

Am 29. Januar wurde im ARD Fernsehen in der Talkshow mit Günter Jauch das „Ausspähen“ von Abgeordneten der Linkspartei thematisiert. Dabei wurde mehr oder weniger deutlich die Aussage getroffen, dass man eher die rechtsextremistische Szene und nicht die Politiker der Linken beobachten sollte, da es für diese keinen Grund des Beobachtens gebe. Hierzu nahm Kamerad Hugo Diederich vom Bundesvorstand der VOS umgehend Stellung, indem er – stellvertretend für alle DDR-Opfer – klarstellte, dass es mehr als nur einen Grund für die Überwachung der Linken gebe, was nicht zuletzt durch die Ausschreitungen bei der Kommunismus-Konferenz vor einem Jahr belegt sei. Hier hatte mit Gesine Löttsch eine der Linken-Bundesvorsitzenden eine unübersehbare Rolle gespielt.

Folgendes Schreiben wurde an die Redaktion der Talk-Sendung gesandt:

Eine Partei, die in ihrem Programm eine Änderung der Gesellschaftsordnung will, muss vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Die Linke versucht eine Gleichsetzung von Stasi und Verfassungsschutz. Mir ist nicht bekannt, dass der Verfassungsschutz schon mal jemanden festgenommen hat. Ich bin selbst Opfer der Stasi und wurde zu 15 Monaten verurteilt. Über dem Verfassungsschutz steht ein vom Volk gewähltes Parlament, in der Diktatur war die Stasi das Schild und Schwert der diktatorischen Einheitspartei. Frau Löttsch nahm am 8. 01.2011 an einer Diskussion „Wege zum Kommunismus“ teil. Schlägertrupps traten auf die Gegendemonstranten ein. Probieren wir es noch einmal, vielleicht sind diesmal keine 100 Millionen Opfer zu beklagen.

→ S. 5 oben

→ von S. 4

Die ARD reagierte auf diese deutliche Kritik mit einem Schreiben, das eher allgemeingültigen, vorformulierten Charakter hat:

Sehr geehrter Herr Diederich, vielen Dank für Ihre Nachricht zu unserer Sendung „Günther Jauch“ vom 29. Januar 2012 mit dem Thema „Links vor rechts – Jagt der Verfassungsschutz die Falschen?“.

Ihre kritische Stellungnahme haben wir mit Interesse zur Kenntnis genommen. Wir möchten Ihnen versichern, dass wir die Meinung unserer Zuschauer sehr ernst nehmen und die Auswertung der Zuschauernachrichten fester Bestandteil unserer regelmäßig stattfindenden Redaktionskonferenzen ist. Wir würden uns sehr freuen, wenn wir Sie auch in Zukunft sonntags um 21:45 Uhr als Zuschauer im Ersten begrüßen dürfen.

Ihre Zuschauerredaktion von „Günther Jauch“

Sind ehemalige Häftlinge überflüssig?

Über das Ansehen und die Bedeutung von Zeitzeugen

Der Umgang mit den Zeitzeugen aus den Reihen der SED-Opfer ist nicht selten nicht nur nicht korrekt und nicht höflich und unangemessen, sondern skandalös.

Oder kann man das ohne weiteres hinnehmen, dass Wissenschaftler, Politiker und Journalisten sich durch Interviews und Aktenstudien Informationen über Haftbedingungen und Strafdelikte beschaffen und dieses dann als Maßstab der Bewertung genommen werden, während man die einstigen politischen Häftlinge des kommunistischen Regimes immer mehr ins Abseits rückt und sie bei der Aufarbeitung nur noch selten einbezieht?

Viele, vor allem ältere Kameraden, würden Jugendlichen gegenüber gern über ihre Hafterfahrungen berichten. Aber statt sie einzuladen, geht man in den Schulen über sie hinweg. Geschichte jedoch braucht authentische Figuren.

Tom Haltern

„Informiert euch bei den Tätern!“

Wer hat in der Diktatur wirklich Widerstand geleistet?

Was bedeutet es, SED-Opfer, ehemaliger politischer Häftling der SBZ oder der DDR zu sein? Wer fragt heute nach uns? Niemand, oder nur Menschen aus unserem persönlichen Umfeld, die einen Bezug zu unserem Schicksal haben oder selbst inhaftiert waren. Wir sind zwar authentische Zeitzeugen, die die Stasi-Haftanstalten und Zuchthäuser der kommunistischen Diktatur durchlaufen mussten, aber vielfach sind wir unerwünscht, denn wir sind Zeugen einer Zeit, eines Systems, mit dem sich inzwischen viele Menschen gar nicht mehr auseinandersetzen wollen. Es ist bequemer, die DDR so aufleben zu lassen, wie sie sich in ihren Unterhaltungssendungen und DEFA-Spielfilmen im heutigen Fernsehen präsentiert. Zu Widerständlern werden nachträglich Schriftsteller wie Christa Wolf oder Schauspieler wie Armin Müller-Stahl hochstilisiert. Der Zusammenbruch der DDR wird allein der Bürgerbewegung zugerechnet. Und was die Leiden der politischen Häftlinge betrifft, heißt das Motto ohnehin: Lasst nicht nur Opfer sprechen, informiert euch bei den Mitläufern und Tätern. Was die Opfer selbst erlebt haben, was sie heute erzählen, kann eigentlich in dieser Form nicht wahr sein, vor allem kann es nicht halb so schlimm gewesen sein wie das Unrecht und Leid, das den Opfern der nationalsozialistischen Diktatur widerfahren ist.

Hugo Diederich

Eine Frage, die uns alle angeht: Tun wir als Opfer und Widerständler für uns selbst genug? Ehrenpension, Gesundheitsschäden, Zeitzeugentätigkeit? Gemeint ist auch die VOS. Die Frage sollte nicht nur in der Fg, sondern auch in den Bezirksgruppen besprochen werden, damit die Delegierten zur nächsten Generalversammlung passende Vorschläge unterbreiten können. *A.R.*

Ehrenrente – sind alle Möglichkeiten ausgeschöpft?

Setzte sich die VOS früher mehr für die Opfer ein?

☒ Wie allgemein bekannt ist, geht es unserer Wirtschaft zurzeit gut. Die Steuereinnahmen fließen wie noch nie, hohe Summen werden von der Bundesregierung in viele Teile der Welt bezahlt.

Erfreulich war, dass von der VOS in Zeiten der nicht so guten Wirtschaftslage für die Opfer viel erreicht wurde.

Ich habe festgestellt, dass die Freiheitsglocke inhaltlich noch interessanter geworden ist. Allerdings vermisste ich Hinweise über Aktivitäten: Anpassung an die Inflation, Erbberechtigung für Ehepartner – ähnlich wie in Tschechien. Sind aus eurer Sicht die Möglichkeiten ausgeschöpft? Liege ich mit meinen Vorstellungen und Hoffnungen falsch?

Karl-Heinz Genath

Kein guter Tonfall bei den Gerichten

Klagende Ex-Häftlinge werden herablassend behandelt

Keine gute Behandlung erfahren ehemalige politische Häftlinge des SED-Regimes bei den Gerichten. Insbesondere in den alten Bundesländern lassen sich Gutachter, Richter und Beisitzer mit einer bemerkenswerten Arroganz herbei, wenn sie Widersprüche oder Klagen von ehemaligen Häftlingen auf die Anerkennung von haftbedingten Gesundheitsschäden abweisen. Keiner von diesen Verantwortlichen hat je eine Gedenkstätte besucht oder die Biografie eines Ex-Häftlings gelesen. Aber jeder gibt vor, sich auszukennen. Betroffene, die die Anerkennung von Gesundheitsschäden beantragen, stoßen auf Unverständnis und Unwillen. Man hat den Eindruck, dass sie den Gerichten, der Gesellschaft sowieso, lästig sind.

Dringend wären auch hier Nachbesserungen per Gesetz erforderlich. *B. Thonn*

„Für dich blüht kein Baum“

Eine persönliche Erinnerung an Hermann Josef Flade, dessen Geburtstag sich im Mai zum achtzigsten Mal jährt und der mit gerade 48 Jahren 1980 überraschend starb

Vom Schicksal Hermann Josef Flades (1932-1980) wusste ich bereits vor meiner Verhaftung 1961 in Leipzig. Die Nachrichten von seiner Festnahme am 16. November 1950 in Olbernhau/Erzgebirge und der anschließenden Verurteilung zum Tode am 10. Januar 1951 gingen durch die Weltpresse. Zum Glück konnte das Urteil damals nicht vollstreckt werden, sondern musste, weil es in Westdeutschland und anderswo einen starken Proteststurm gegeben hatte, vor dem Oberlandesgericht in Dresden am 29. Januar 1951 revidiert werden. Das neue Strafmaß, das auf 15 Jahre Zuchthaus festgesetzt wurde, war noch immer ein Ausdruck von Gesinnungsjustiz, die durch einen absurden Mordvorwurf verbrämt wurde.

Nach zehn Jahren Strafvollzug in Bautzen, Torgau, Waldheim wurde Hermann im Herbst 1960 entlassen, ging zunächst nach Greiz in Thüringen, siedelte dann aber zu seinen Eltern nach Traunstein/Oberbayern über. Unsere Kameradin Eva Müthel (1932-1980), die von 1948 bis 1954 gesessen und darüber den Roman „Für dich blüht kein Baum“ (1957) geschrieben hatte, holte ihn in solidarischer Verbundenheit an der innerdeutschen Grenze ab und interviewte ihn über seine Haftjahre für die Hamburger Illustrierte „Stern“.

Ich wusste also von Hermanns Schicksal, als ich selbst verhaftet wurde. Als sein Buch „Deutsche gegen Deutsche“ (1963) erschienen war (Neuaufgabe in Grünhain/Erzgebirge 2000), wurde das auch uns in Waldheim bekannt.



Unsere Bewacher von der „Volkspolizei“ empörten sich: „Der hetzt gegen uns!“ Dass endlich jemand „im Westen“ über die Zustände in DDR-Zuchthäusern aus eigener Erfahrung berichtete, erfüllte uns Häftlinge mit tiefer Befriedigung!

Als ich im Sommersemester 1965 mein Studium in Mainz wieder aufnahm, lernte ich Hermann endlich kennen, der jetzt bei dem Politologen Hans Buchheim („Der schwarze Hans“) studierte. Hermann wohnte damals im katholischen Kardinal-Newman-Haus, ich im Evangelischen Jochen-Klepper-Haus. Gemeinsam traten wir dort auf und berichteten über unsere Haft-erlebnisse.

Als ich im April 1967 aus Schweden, wo ich als Deutschlehrer gearbeitet hatte, zurückkehrte, wohnte er noch immer in Mainz und schrieb an seiner Dissertation. Eigentlich wollte er danach bei der „Inneren Führung“ der Bundeswehr arbeiten, aber dort wurde er abgelehnt, weil er als „Sicherheitsrisiko“ galt. Also wurde er Mitarbeiter im „Gesamtdeutschen Institut“ in Bonn, wo er völlig überraschend am 15. Mai 1980, gerade 48 Jahre alt, starb.

Unser Mithäftling Karl Wilhelm Fricke, der heute ein prominenter DDR-Forscher ist, hat unter dem Titel „Überzeugt von seiner gerechten Sache“ (2000) Hermann Josef Flades Leben und Wirken gewürdigt.

Am 22. Mai 2012 hätte er seinen 80. Geburtstag feiern können.

Dr. Jörg Bernhard Bilke

Anm. d. Red.: Das Buch von Eva Müthel (Foto: „Für dich blüht kein Baum“) kann man preisgünstig im Internet erwerben.

Ein Opfer-Beauftragter könnte durchaus viele Probleme lösen

SED-Opfer in den alten Bundesländern fühlen sich oft allein gelassen und „abserviert“

Nachdem nun das Bundesland Brandenburg mit Ulrike Poppe endlich eine Beauftragte für die SED-Opfer bekommen hat, stellt sich einmal mehr die Frage, warum dies nicht auch für die alten Bundesländer, in denen keineswegs wenige ehemalige politische Häftlinge von SBZ und DDR wohnen. Für sie sind die Probleme und Fragen nicht geringer als für die Betroffenen in den neuen Bundesländern. Noch immer gibt es in den Verwaltungen keine einheitlichen Anlaufstellen und keine speziell Beauftragten für die Fragen und Angelegenheiten ehemaliger politischer Häftlinge, die Betroffenen sehen sich immer wieder mit Mitarbeitern konfrontiert, die voller Ahnungslosigkeit sind, wenn es um die Situation und die erlittenen Schicksale von SED-Opfern geht. Anträge auf Anerkennung von Gesundheitsschäden werden von einer Verwaltung in die andere geschoben oder bleiben liegen. Bei telefonischen Rückfragen der Opfer heißt es, man warte auf Unterlagen aus Berlin.

Ist es nicht ein Armutszeugnis, dass man so nachlässig mit denen umgeht, die Freiheit und Leben für den Sieg der Demokratie und die Überwindung der Teilung eingesetzt haben? Opferrente und Haftentschädigung ja – aber soll das alles sein, sollen damit auch die Gesundheitsschäden und sozialen Defizite als getilgt gelten?

Valerie Bosse

Kritisch und mutig gegen die Zwänge und die Unfreiheit angekämpft

Gerd Franke, in Gera geboren, lebt seit der Ausreise 44 Jahre in der Bundesrepublik

Für die Leser der Fg dürfte Gerd Franke aus Saulheim in Rheinland-Pfalz lange kein Unbekannter mehr sein. Die regelmäßigen Aktivitäten, mit denen er selbst und gemeinsam mit seiner VOS-Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe in Erscheinung tritt, zeugen von Engagement und der Entschlossenheit, den Menschen in Deutschland etwas zur Geschichte der deutschen Teilung und dem in der SED-Diktatur geschehenen Unrecht zu vermitteln.

Gerd Franke, 1948 in Gera geboren, ist selbst Opfer des sozialistischen Systems. Er kam früh mit den ideologischen Zwängen und – bedingt die Vorenthaltungen individueller Freiheiten im gesellschaftlichen Leben in der DDR – in Gewissenskonflikte. Er war folglich als Jugendlicher auch nicht bereit, in der DDR das Abitur zu erwerben und sich als Gegenleistung für eine abgepresste Offiziers-Laufbahn bei der „Volksmarine“ zu verpflichten. Er absolvierte stattdessen eine Buchdruckerlehre bei der größten Tageszeitung des damaligen Bezirkes Gera.

Mit großem Interesse verfolgte Gerd Franke die umwälzenden gesellschaftlichen Veränderungen des „Prager Frühlings“ 1968 im Nachbarland Tschechoslowakei durch die Reformpolitik Dubceks. Zur Überraschung vieler DDR-Bürger setzte sich dort ein menschlicherer Sozialismus als in deren Land durch.

Gerd Franke knüpfte enge Kontakte zu tschechischen Studenten, arrangierte 1968 ein Treffen mit ihnen in Karlsbad, um sich umfassend zu informieren und zu diskutieren. Der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten mit der Niederschlagung des Prager Frühlings und der Absetzung der Regierung Dubcek machte für Gerd Franke alle Hoffnungen zunichte und löste bei ihm eine kaum zu beschreibende Empörung aus. Dies bestärkte ihn in seiner Auffassung, dass es aus mangelnder Reformfähigkeit einen Sozialismus mit menschlichen Zügen und Gewährung aller

Menschenrechte niemals geben kann.

Hegte er seine kritische Haltung gegen die DDR bis dato noch im Stillen, so ging er jetzt in die Offensive und verschwiege seine politische Meinung nicht länger. Er weigerte sich, in seinem Betrieb als einziger, die Zustimmungsresolution für den Militäreinmarsch zu unterzeichnen und sprach sich offen gegen diese Aktion aus. Heimlich stellte er Flugblätter her und verteilte diese in Gera.



Postwendend hatte er die Folgen zu tragen. In einer außerplanmäßigen Betriebsversammlung wurde er öffentlich als Verräter tituiert. Im selben Atemzug wurde die Kündigung ausgesprochen, und bereits einen Tag später hatte man ihn als den Urheber der Protestblattaktion ausgemacht; die Stasi kam und nahm ihn fest.

Nach zermürbenden Verhören wurde er wegen „Staatsfeindlicher Hetze und Hetze gegen andere sozialistische Staaten“ zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt und kam im November 1968 in das Stasi-Internierungslager „X“ in Berlin-Hohenschönhausen.

Im Frühjahr 1969 reichte er beim Obersten Gericht der DDR einen „Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR und die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland“ ein und betrachtete sich ab sofort nicht mehr als Bürger der DDR. Auch neun Wochen schweren Arrests im berüchtigten

U-Boot und kaum zu ertragende Drangsalierungen durch die Stasi-Leute konnten ihn nicht dazu bewegen, diesen Antrag zurückzunehmen. Dies war der erste Ausreiseantrag dieser Art überhaupt. Heute erinnert er sich mit Schauern: „Ich sah damals aus wie der Tod.“

Im August 1970 nahte dann das Ende der Haftzeit. Gerd Franke wurde in die U-Haftanstalt nach Karl-Marx-Stadt verbracht, wo die Formalitäten zur Ausreise politischer Häftlinge abgewickelt wurden. Am 30. September verließ er dann die DDR in Richtung Aufnahmelager Gießen.

Tausende andere politische Häftlinge sollten in den nächsten fast zwanzig Jahren diesen Weg ebenfalls gehen. Manche strahlten bei der Ankunft in Gießen und nahmen die gewonnene Freiheit mit Zuversicht in Angriff. Andere, so auch Gerd Franke, waren gesundheitlich sehr in Mitleidenschaft gezogen.

Kamerad Franke ist verheiratet, hat drei Kinder und lebt mit seiner Familie in einem bescheidenen Weinort bei Mainz. Auch in der Bundesrepublik hat er erfolgreich in seinem Beruf als Buchdrucker gearbeitet, mittlerweile ist er jedoch Rentner. Er hat sich gesellschaftlich sehr gut integriert und leistet für die VOS und die Aufarbeitung des SED-Unrechts wichtige Arbeit. Insbesondere die von ihm jährlich mitorganisierten Fahrten zu wichtigen Gedenkstätten und aufklärenden Veranstaltungen zu den Gedenkfeiern wie bei dem Point Alpha und seine Vortragsarbeit an Schulen sind hervorzuheben.

Doch sein äußeres Erscheinungsbild, die weißen Haare, die ruhige Ausstrahlung, täuschen über das nachwirkende Trauma hinweg. Das, was geschah und was Gerd Franke auf sich nehmen musste, bleibt unvergessen für ihn. Das ist, so sehr es ihn immer noch belastet, trotzdem wichtig, um weiter an der Aufarbeitung teilzunehmen. A.R.

Fotos: G. Franke 2010 (© A.R.)

Die ganze Unmenschlichkeit des SED-Staates erfahren

Vor 52 Jahren wurde der NVA-Offizier Manfred Smolka in Leipzig mit dem Fallbeil hingerichtet

Nordhalben liegt in Oberfranken an der bayerisch-thüringischen Grenze, rund 55 Kilometer von unserem Wohnort Coburg entfernt. Bis zum Mauerfall am 9. November 1989 war das die innerdeutsche Grenze, an der bei Fluchtversuchen von DDR-Bewohnern scharf geschossen wurde. Dort, so hatte ich in der Coburger Zeitung NEUE PRESSE gelesen, würde im Heimatmuseum eine Ausstellung über den einstigen DDR-Grenzoffizier Manfred Smolka (1932-1960) gezeigt, der geflohen war, dann von bundesdeutschem Gebiet in die DDR verschleppt und 1960 in Leipzig enthauptet wurde.

Der Markt Nordhalben, ein kleiner Ort im Frankenwald mit 1879 Einwohnern, liegt im Landkreis Kronach. Wenn man die Kreisstadt umfahren hat und danach in den Naturpark Frankenwald abbiegt, wird die Gegend immer einsamer. Das war das frühere Zonenrandgebiet, das jahrzehntlang wegen der Abwanderung der Bevölkerung von allen Bundesregierungen subventioniert wurde. Manche Leute, die nichts als ihre Ruhe haben wollen, mögen das idyllisch finden.

Nordhalben war eingeschneit, hohe Schneewehen türmten sich rechts und links der Straße. Das Heimatmuseum, das wir suchten, lag in der Klöppelschule. Das Klöppeln, das man sonst nur aus dem Erzgebirge kennt, ist hier ein kleiner Industriezweig und wird an der Klöppelschule unterrichtet. Der Ort selbst ist 850 Jahre alt und war Jahrhunderte hindurch zwischen dem Fürstentum Reuß (jüngere Linie), deren Residenzstadt das ostthüringische Gera war, und dem Bistum von Bamberg umkämpft, bis der Bischof obsiegte.

Manfred Smolka stammte aus Schlesien und galt in der DDR als „Umsiedler“, wie die Flüchtlinge und Vertriebenen dort genannt wurden. Er war zuletzt Oberleutnant des Grenzregiments Zsachenmühle der DDR-Grenzorgane und wohnte in Titschendorf/Thüringen, nur vier Kilometer von Nordhalben entfernt. Bei ihm wohnten seine Frau Waltraud und seine Tochter Ursula.

Im Juni 1958 weigerte er sich, eine ihm befohlene Grenzsicherung zu verstärken, weshalb die „Staatsicherheit“ eingeschaltet wurde, die von „ideologischen Unklarheiten“ sprach. Er wurde zum Feldwebel degradiert und im Oktober 1958 schließlich entlassen.

Zwei Wochen später floh er bei Nordhalben über die innerdeutsche Grenze. In Westdeutschland aber begann er einen für ihn verhängnisvollen Briefwechsel mit Hauptfeldwebel Fritz R. aus seinem Grenzregiment, den er für seinen Freund hielt. Ihn bat er darum, Frau und Tochter bei der Flucht in den Westen zu helfen, zumal der angedeutet hatte, selbst mit seiner Frau fliehen zu wollen. Ihn bat er auch, seiner Frau eine DDR-Gasmaske aus NVA-Beständen mitzugeben, worum ihn die amerikanischen Dienststellen, die für diesen Grenzabschnitt verantwortlich waren, gebeten hatten.

Dass ihm hier eine Falle gestellt worden war, in die er blindlings hineinlief, merkte er nicht. Die Flucht von Frau und Tochter, für den 1. August 1959 angesetzt, misslang beim ersten Versuch und musste abgebrochen werden. Am 22. August brachte Fritz R., der längst für die „Staatsicherheit“ arbeitete, Waltraud und Ursula Smolka in seinem Auto an die Grenze. Wie die Tochter 1992 äußerte, wäre der Fluchtort plötzlich von DDR-Grenzsoldaten umringt gewesen, die bisher im Unterholz versteckt gewesen wären. Es wurde auch sofort scharf geschossen, Manfred Smolka, der auf DDR-Gebiet übergetreten war, um seiner Familie zu helfen, wurde ins Bein getroffen, konnte sich aber, trotz seiner Verwundung, auf bayerisches Gebiet retten. DDR-Grenzsoldaten folgten ihm, was ein illegaler Akt war, und verschleppten ihn, was als Menschenraub zu bewerten ist, zurück auf DDR-Gebiet.

Wie Kurt Gießhammer von der Bayerischen Grenzpolizei vermutet, waren auch die Amerikaner an dieser Fluchtaktion beteiligt. Denn für die Bayerische Grenzpolizei ist für diesen Fluchttag des 22. August 1959 plötzlich der Dienstplan geändert worden, wonach angeordnet worden war, diesen Grenzabschnitt zu meiden.

Am 2. Mai 1960 wurde Manfred Smolka in Erfurt wegen Militärspionage zum Tode verurteilt und

am 2. Juli 1960 in Leipzig geköpft. Waltraud Smolka wurde wegen „Republikflucht“ und Spionage zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, Tochter Ursula kam zur Großmutter. Der Fall Manfred Smolka ist weder für die amerikanische Besatzungsmacht in Bayern noch für die bundesdeutschen Behörden ein Ruhmesblatt.

Manfred Smolka: 1932 in Schlesien geboren, nach der Vertreibung in die DDR gekommen, NVA-Angehöriger, wegen Befehlsverweigerung degradiert und aus der Armee entlassen. Flucht in den Westen, von dort Briefwechsel mit seiner noch zurückgebliebenen Frau, die er heimlich nachholen will. Bei dem Versuch die Frau nachzuholen, von einem Bekannten an das MfS verraten und von westdeutschem Boden in die DDR verschleppt. Nach einem halben Jahr Haft das für Smolka selbst unfassbare Urteil: Tod durch Fallbeil. Hinrichtung im Juli 1960.

Das Schicksal ist durch Klaus Schmude, der mit Smolka eine Zelle teilte, in seiner ganzen Tragik und Hoffnungslosigkeit in dem Buch „Erziehung Fallbeil“ dokumentiert. Es zeigt aber auch die unmenschliche Härte des SED-Regimes gegenüber dem Einzelnen. Smolkas Familie richtete mehrere Gnadengesuche an die Regierung und an Ulbricht direkt. Noch als er hingerichtet war, wurde die Familie gehalten und nicht über die Vollstreckung informiert.

Das Buch über Smolka wurde mit Unterstützung unseres Kameraden Xing Hu Kuo kurze Zeit nach der Wiedervereinigung veröffentlicht, leider ist es vergriffen. Im Internet wird es stark überteuert angeboten. Neuauflage wäre wichtig! A. R.

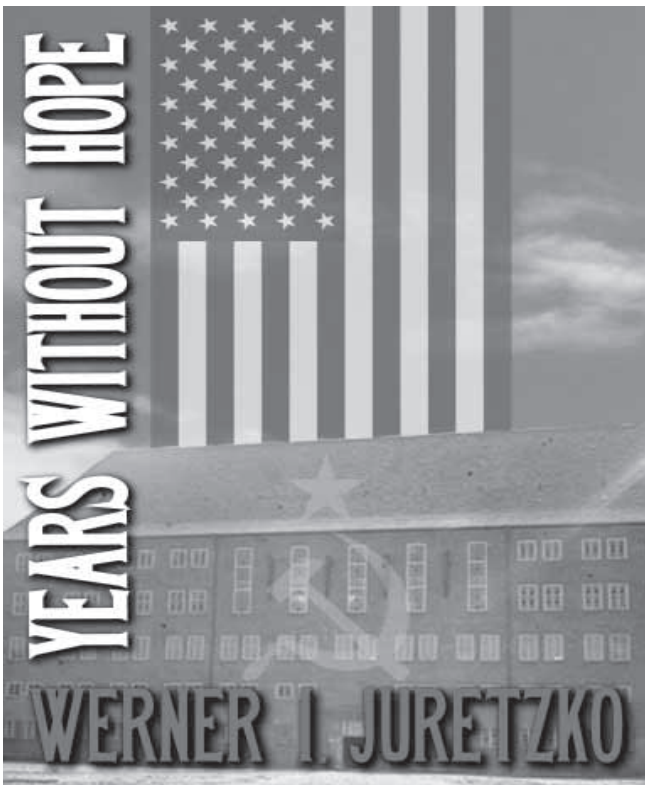
Die Amerikaner, die hätten eingreifen können, als Manfred Smolka von DDR-Grenztruppen verschleppt wurde, sahen tatenlos zu und stritten danach jede Beteiligung an der Fluchtaktion ab. Ob die Bundesregierung jemals gegen die Verschleppung eines ihrer Staatsbürger protestierte, ist nicht bekannt.

In Nordhalben wird das Schicksal Manfred Smolkas auf einer einzigen Schautafel, die aber sehr gewissenhaft ausgefertigt ist, dargestellt. Auf anderen Schautafeln wird der Besucher über die Situation an der innerdeutschen Grenze bei Nordhalben bis 1989 informiert. Auf einer weiteren Schautafel wird beispielsweise auch über eine gelungene Flucht unterrichtet. Die Grenzöffnung in Nordhalben erfolgte am 18. November 1989.

Der Fall „Manfred Smolka“ ist heute fast vergessen! Am 4. Dezember 2011 fand an der „Runden Ecke“ in Leipzig, im Kinosaal der „Staatssicherheit“, eine Gedenkveranstaltung statt, wo zwei Filme gezeigt und der inzwischen aufgefundenen Abschiedsbrief Manfred Smolkas, der in der Jahn-Behörde lag, verlesen wurde. Das alles hat mir Roland Smolka erzählt, der jüngere Bruder, der in Cottbus lebt.

Das Buch „Fallbeil-Erziehung“ (1992), das Klaus Schmude über seinen Mithäftling Manfred Smolka geschrieben hat, ist heute vergriffen. Informieren kann man sich auch in einem Artikel „SED-Opfer: Rote Fallen“ von Eberhard Vogt, erschienen in FOCUS 35/1998 vom 24. August 1998. Aber 1959/60 müssen in allen Zeitungen Artikel erschienen sein. In der Zeitschrift SBZ-ARCHIV freilich, dem Vorgängerperiodikum des DEUTSCHLAND ARCHIVs, stand 1959/1960 keine einzige Zeile. Es ist dringend geboten, den Fall „Manfred Smolka“ auf breiter Basis aufzuarbeiten.

Dr. Jörg Bernhard Bilke



„Jahre ohne Hoffnung“ – das Buch unseres in Amerika lebenden Kameraden gib es im Internet als e-Book.

Die Todesstrafe gehörte zum politischen System

Erst drei Jahre vor ihrem Untergang schaffte die DDR die Todesstrafe offiziell ab

Fast 25 Jahre, nachdem die Todesstrafe in der DDR abgeschafft wurde und gut 30 Jahre nach der letzten Vollstreckung eines Todesurteils – es handelte sich um den abtrünnig gewordenen MfS-Offizier Werner Teske, was nach Öffnung der Stasi-Akten mehrfach zu heftigen Debatten führte – ist die Bilanz der juristisch sanktionierten Tötungen keineswegs rühmlich, wenngleich sich rein zahlenmäßig ein Vergleich mit den Hinrichtungen der vorausgegangenen Diktatur nicht ziehen lässt. Wurden doch in der NS-Zeit jährlich um die tausend Todesurteile gefällt und erbarungslos vollstreckt, darunter eine Vielzahl wegen politischer Hintergründe, aber auch gegen Täter, die eigentlich psychiatrisch hätten behandelt werden müssen. Allein wegen des misslungenen Attentats am 20. Juli 1944 kam es zu zahlreichen Hinrichtungen.

Die Zahl der Hinrichtungen infolge eines Todesurteils in der DDR liegt bei etwa 230, worunter auch die auf geradezu kriminelle Weise verhängten „Waldheim-Urteile“ gehören, an denen die spätere Justizministerin aktiv mitgewirkt hat. Diese und andere Urteile wurden unter der Kategorie NS-Verbrechen aufgeführt und summieren sich insgesamt auf fast 100 Fälle. Die Schärfe, mit denen immer wieder vorgegangen wurde, hat vor allem politische Hintergründe, kamen doch in der feindlichen Bundesrepublik viele Täter der NS-Zeit mit milden Strafen oder gar Freisprüchen davon, wohingegen die DDR, die das in auffälligen Hetzkampagnen lauthals in ihren Medien anprangerte, sich mit ihren harten Strafen den Anstrich von konsequenter und gerechter Aufarbeitung zu geben suchte. Beide Prädikate, das weiß man nun, waren reine Makulatur.

Bei kriminellen Tätern verfuhr die DDR unterschiedlich. Hinrichtungen gab es in exemplarischen Fällen wie dem des Bandenführers Gladow, der in der Nachkriegszeit in der Manier amerikanischer Filme magazinweise Salven abgefeuert und Menschen getötet hatte. Gladow war bei der Verurteilung erst 18 Jahre, seine Taten, darunter Morde, hatte er noch als Minderjähriger begangen und hätte demzufolge anders als mit dem Fallbeil bestraft werden müssen. Trotzdem richtete man ihn hin. Und obwohl tot, wurde sein „Andenken“ in den Zuchthäusern des Dreibuchstabenlandes in bemerkenswerten Ehren gehalten. Gerade was jugendliche „Berufskriminelle“ anging, wurden sein angebliches Heldentum und sein kompromissloser Waffengebrauch gerühmt. Da Gladow kurz vor Kriegsende noch im Volkssturm der Wehrmacht gekämpft hatte, verknüpften nachfolgende Zuchthäusler-Generationen seine Vorgehenspraktiken mit nationalsozialistischem Gedankengut, wodurch dann durch die gesamte DDR-Ära eine Wurzel krimineller, als rechtsextremistisch ideologierter Gewaltbereitschaft wucherte. Diese Wurzel wuchert bis heute und liefert bei genauem Hinschauen auch den Nährstoff für jüngst begangene angeblich politische Morde. → S.10

In öffentlich nicht weiter bekannten Kriminalfällen leistete es sich die DDR, nicht ganz so hart zu sein. Doppel- und Raubmörder wurden nach der Verhängung der Todesstrafe begnadigt oder erhielten von vornherein LL (Lebenslänglich). Für sie wurde das Zuchthaus ein Zuhause, das sich in der Qualität wenig von einer beengten Massentierhaltung unterschied. Wer unter solchen Bedingungen längere Zeit einsaß, verlor viel von dem, was man menschliche Würde und Selbstachtung nennt. Der Keim zur Rückfälligkeit bildete sich in solchem Milieu quasi von selbst.

Das Todesurteil gegen Manfred Smolka freilich war ein zutiefst politisch begründeter, nach innen gerichteter Akt. Im Sinne der NVA und der DDR-Ideologie war Smolka ein Hochverräter. Das Urteil gegen ihn sollte exemplarisch wirken und potenziellen Nachahmern vorführen, dass Flucht und Spionage nur eine Konsequenz nach sich zögen: die Hinrichtung. Allerdings hätte Smolka als vormaliger NVA-Angehöriger wissen müssen, welches Risiko die Auslieferung eines Filters der „Truppenschutzmaske“ an die Amerikaner darstellte. Hieß es doch in den Schulungen der Soldaten und Offiziere, dass die Zusammensetzung des Filtereinsatzes beim Feind nicht bekannt sei und die NVA-Truppen im Ernstfall vor dessen Giftgas schützen würde. Mit der Auslieferung des Filters an die US-Army würde diese ein Giftgas entwickeln können, das jenes Filtermaterial durchdrang und für den Tod der Soldaten sorgte – so zumindest die theoretische Version. Inwieweit die Amerikaner nicht ohnehin Kenntnis vom Filtermaterial hatten und ob im Falle eines Krieges in Mitteleuropa der Einsatz von Giftgas denkbar gewesen wäre, mag dahin gestellt bleiben. Unstrittig mit ja muss man angesichts des hier geltenden hohen Geheimhaltungsgrades die Frage beantworten, ob die Amerikaner nicht eine erhebliche Mitschuld trifft, indem sie Smolka den Auftrag zur Beibringung eines Maskenfilters gegeben haben sollten. Auch sie wussten, welches Risiko jemand, egal ob als Zivilist oder Armeeangehöriger, einging, indem er versuchte, dieses als wichtig deklarierte Ausrüstungsteil zum Feind zu schaffen.

Zurück zur Debatte um die Todesstrafe. Es heißt (von Seiten der noch lebenden Politbüro-Fossilien), die DDR habe sie abgeschafft, weil sie ihr Strafrecht und den Strafvollzug bessern und (noch!) humanistischer gestalten wollte. Ein Treppenwitz, denn zwischen einem modernen Strafvollzug und einem differenzierenden Justizapparat, wie wir ihn heute kennen, und dem der DDR liegen Welten. Das könnte nicht mal Egon Krenz abstreiten, der ja alle Vorzüge des westlichen Vollzugssystems in Anspruch nehmen durfte (Freigang, Telefon, Laptop). Immerhin wollte Parteichef Honecker 1987 unbedingt in die Bundesrepublik reisen, insofern war es ein gutes Signal die Todesstrafe auch pro forma abzuschaffen, denn vor ihrer Anwendung hätte man sich vielleicht doch gescheut. Ein wirksameres Zeichen wäre es gewesen, den Schießbefehl an der Mauer aufzuheben, dann wäre womöglich der vor 23 Jahren erschossene Chris Gueffroy noch am Leben und es hätte ein Opfer weniger gegeben. Denn jedes geopfert Leben tut heute noch weh.

A. R.

„Dresdener KGB-Dankes-Orden“

(STASI/KGB 1945-1989)

Ein Gedicht von Christian M. Lappe

Wer zu viel isst, doch hungrig bleibt;
Sich folglich noch mehr einverleibt;
Ist korpulent, - ein Kranker ...
Wer immer mehr will, als er hat,
Ist auch ein kranker Nimmersatt;
Doch dieser ist meist schlanker ...

Macht fasziniert, Macht korrumpiert,
Meist ist Missbrauch vorprogrammiert,
Machthunger - frisst die Seele.
Der Mensch am Sein oft schuldig ist ...
Weil er schwer lernt, doch schnell vergisst,
Dass keine Wahl - ihn quäle.

Gleichgültig übt man Toleranz,
Macht Politik zum Totentanz ...
Man weiß doch, was sie waren!
Sie spielen ihr Gesellschaftsspiel,
Heute, wie einst, mit gleichem Ziel,
Seit über neunzig Jahren ...

Die Wende hat sie nicht bekehrt,
Man schonte sie, - sie warn's nicht wert!
Sie hassen Demokraten ...
Wer über Menschen nur verfügt,
Das Volk belügt, verführt, betrügt,
Darf Deutschland nicht beraten!

Putin spricht am Zarenhofe:
Perestroika, – Katastrophe!
Ordnung herrschte hier im Staat!
Mir sind zuwider abgrundtief,
Die Geister die Gorbatschow rief!
Lupenrein, der 'Demokrat' –

Atlanta, Berlin 2009

Für Menschenrechte beim „gelben Koloss“ nichts getan?

Angela Merkel erreichte in China trotz des verbotenen Treffens mit Bürgerrechtlern weltweites Hinschauen

Sie hat es versucht, und sie hatte es vorher angekündigt und in ihren Arbeits- und Besuchsplan aufgenommen: Angela Merkel, Deutschlands Bundeskanzlerin, wollte während ihrer jüngsten Asien-Reise in China mit unabhängig denkenden Menschen zusammenkommen. Doch die Behörden vor Ort sagten das Treffen, das ursprünglich fest vereinbart war, kurz vor dem Termin ab.

Dass dies ärgerlich und bezeichnend war, ist klar, denn die Bürgerrechtler konnten sich nun nicht frei vor den Kameras der europäischen Sender äußern. Aber die Kunde von der Absage ging um den Erdball. Sie wurde über unzählige Sender in den Nachrichten ausgestrahlt. Jeder, ob in den USA oder Brasilien, wusste und weiß es nun mal wieder genau: In China kann man offenbar nicht öffentlich eine Meinung äußern, schon gar nicht vor einem fremden Mikrofon. Es ist das Lied und das Leid des Kommunismus: Eigene Meinung unerwünscht. *H. Diederich*

Es wäre schade, käme dieses wichtige Projekt nächstens zum Erliegen

VOS-Zeitzeugenprojekt in NRW mit guter Bilanz und vielversprechenden Aussichten

Wie wichtig sind Zeitzeugen? Sind sie in der Tat eher störend oder unnötig, wenn es darum geht, geschichtliche Zeitabläufe aufzuarbeiten? Oder sind sie gar der „natürliche Feind des Wissenschaftlers“, wie es mitunter von bösen Zungen behauptet wird?



Nun denn, ausschlaggebend ist, dass beide Gruppen zusammenarbeiten, denn sowohl der Zeitzeuge wie auch der wissenschaftlich ausgebildete Historiker tragen dazu bei, auf Geschichtsabschnitte hinzuweisen, sie zu beleuchten und sie in angemessener Weise sowohl für andere Fachkräfte wie auch für die breitere interessierte Schicht der Gesellschaft verständlich zu machen. Zunächst gilt die von Dr. Frank Hoffmann beim jüngsten Treffen der VOS-Akteure getroffene Aussage: „Zeitzeuge kann jede und jeder sein, der oder die für den Bericht über Selbsterlebtes ein Zuhörerpublikum findet.“ Um selbigen Bericht glaubhaft zu machen und ihn in ein allgemein gültiges Geschichtsbild einordnen zu können, bedarf es der methodischen Begleitung des Wissenschaftlers, denn nur er verfügt über das analytische Rüstzeug, um die Vereinbarkeit persönlicher Erlebnisberichte mit geschichtlich erkannten Gesetzmäßigkeiten zu gewährleisten.

Dass man Geschichte nur auf die-

se Art schreiben kann, erläuterte am 9. Februar der wissenschaftliche Betreuer des Projektes VOS-Zeitzeugen in NRW, Dr. Frank Hoffmann, der gemeinsam mit Projektleiter Detlef von Dechend zum alljährlichen Seminar an die Ruhr-Universität Bochum einlud. Der

Einladung gefolgt waren zwölf Kameradinnen und Kameraden, von denen jedoch nur drei der VOS angehörten. Dass die anwesenden Nicht-Mitglieder auf einen künftigen Beitritt zum Opferverband angesprochen wurden, versteht sich von selbst. Die Beitrittsformulare zu besonders Engagierten sind nach Abschluss der Veranstaltung in die Post gegangen.

Wesentlicher Inhalt des sechstündigen Seminars waren die Auswertung der Veranstaltung im Jahr 2011 sowie der Ausblick auf eine Fortführung der begonnenen Reihe, die von den Zeitzeugen sehr nachhaltig und mit hohem Einsatz geführt wurde und wird.

Natürlich wird durch die mittlerweile gegründete zentrale Zeitzeugenbörse vieles an Veranstaltungen abgedeckt, da hier eine bundesweite Koordinierung erfolgt und sich Schulklassen, die die Berliner Gedenkstätte in Hohenschönhausen besuchen, an den dort erlebten Führungen orientieren. Die Folge sind mögliche Überschneidungen und

ein voraussichtliches Finanzierungsstopp des NRW-Projektes durch die Stiftung Aufarbeitung von SED-Unrecht. Dies ist bedauerlich, denn im Bundesland Nordrhein-Westfalen finden noch viel zu wenige Veranstaltungen an Schulen statt, und gerade durch die regionalen Aktivitäten ließe sich der Aufholbedarf nachhaltig verringern.

Daher war man sich unter den Anwesenden einig, dass die Arbeit der Zeitzeugen-Gruppe unbedingt fortzuführen bzw. auszubauen ist. Die Bereitschaft für weitere Einsätze besteht, auch Ideen für die Erweiterung der Wirkungsmöglichkeiten wurden gründlich diskutiert.

Anerkennenswert sind das hohe Engagement des wissenschaftlichen Mentors Dr. Frank Hoffmann sowie des VOS-Landesgruppenvorsitzenden Detlef von Dechend, der mit einer auch äußerlich attraktiv gestalteten Broschüre den Zugang für Schulen und Lehrkräfte zum Projekt und dessen Akteuren wesentlich erleichtert hat.

Tom Haltern (Text und Foto)

Am Rande der Kommunismus-Konferenz

Gewaltübergriffe fanden vor einem Jahr statt

Wenn wir von rechter Gewalt reden, sollten wir auch die von links nicht vergessen. Vor einem Jahr fanden die Angriffe auf friedliche VOS-Protestler am Rande der Kommunismus-Konferenz in Berlin statt. Damals wurde außer einer missglückten Talkrunde in der Sendung von Anne Will kaum etwas in die Öffentlichkeit gebracht. Die Debatte im Bundestag wurde zwar einhellig ein Bekenntnis der demokratischen Parteien gegenüber den Linken, aber bisher verlief alles im Sande. *H. Diederich*

Wir trauern um

Ellen Hensel

Klaus Knabe

Udo Poguntke

Walter Elbe

Gerda Schendzielorz

Bezirksgruppe Erfurt

Bezirksgruppe Karlsruhe

Bezirksgruppe Reichenbach-Vogtland

Bezirksgruppe Magdeburg

Bezirksgruppe Detmold

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Haft- und Zeitzeugnisse aller Art gesucht

Menschenrechtszentrum Cottbus sucht Exponate für Ausstellung

Das Menschenrechtszentrum Cottbus sucht Exponate für seine Dauerausstellung. Im ehemaligen Zuchthaus soll der Alltag – vor allem der politischen Häftlinge – dargestellt werden. Die geplante Exposition beleuchtet den Zeitraum von 1918 bis 1989. Ob Zeitschriften oder Zeitungen, Fotos oder Postkarten, Mobiliar oder Geschirr aus der damaligen Zeit – all das ist von Interesse. So kann z. B. ein alter DDR-Koffer helfen, das Schicksal eines Republikflüchtlings darzustellen. Für die Gestaltung einer Großraumzelle werden 28 Zahnputzbecher und Zahnbürsten gesucht. Wer also beim Frühjahrsputz oder Dachboden-Entrümpeln fündig wird und etwas abgeben will, sollte sich beim Menschenrechtszentrum Cottbus unter den nachfolgenden Kontakt-Möglichkeiten melden: Tel: (0355) 48 38 33 3, Fax: (0355) 43 09 01 37, Funk: 0172-34 74 17 9.

Informationen finden sich auch im Internet. Einfach „googlen“ oder folgende Web-Site anklicken: <http://www.radiolautz.de/nachrichten/lokalnachrichten/menschenrechtszentrum-cottbus-sucht-exponate-fuer-ausstellung-510389/>

Bekanntlich wurde das Cottbuser Gefängnis in der DDR-Zeit von einer Vielzahl an politischen Häftlingen durchlaufen. Dazu gehören u. a. Siegmund Faust, Roland Brauckmann und Dieter Dombrowski. Kamerad Dombrowski ist mittlerweile Generalsekretär der CDU im Bundesland Brandenburg, wo er sich nachdrücklich für eine Offenlegung von Stasi-Verwicklungen heutiger Politikerinnen und Politiker sowie Mitarbeitern im Justiz-Apparat einsetzt. *B. Thonn*

Der Name Stalinismus schreckt mich ab

Ein Grund, trotz politischer Übereinstimmung nicht in die VOS einzutreten?

☒ Sehr geehrte Damen und Herren, obwohl nur um die Diskussion der Mitglieder gebeten wird, möchte ich als Nicht-Mitglied trotzdem etwas dazu schreiben: Nach meiner Haft in der „DDR“ (07/1983-10/1984; § 213 StGB) übersiedelte ich 1986 in die BR Deutschland und habe immer mal wieder daran gedacht, Mitglied bei der VOS zu werden. Letztlich kam es aber nie dazu, da mich das Wort *Stalinismus* abschreckte, das ich für eine böse Verkürzung halte. Schließlich war ich Opfer des Kommunismus oder des „real existierenden Sozialismus“ und nicht nur einer Spielart derselben. Zu Gründungszeiten der VOS mag es anders gewesen sein, aber heute dient die Kategorie *Stalinismus* vor allem zum Reinwaschen der vielen anderen sozialistischen Varianten und wird zumeist von linken Apologeten verwendet (Verfälschung der wahren marxistischen Lehre usw.). Ein schönes Beispiel ist Nordkorea, das von den gängigen deutschen Medien durchweg als *stalinistisch* bezeichnet wird, wodurch man sich wunderbar davon distanzieren kann, ohne seine eigenen sozialistischen Ideale in Frage zu stellen. Falls dieser Begriff in Ihrem Vereinsnamen durch einen realistischeren ersetzt werden würde, wäre ich dankbar und würde sofort Mitglied werden. *Michael Krug*

Ann. d. Red.: Es gibt auch die Möglichkeit, zunächst ein Abo der *Freiheitsglocke* zu nehmen. Der Inhalt dürfte dann für die Vielfalt und Aktualität der VOS-Arbeit stehen. Im Übrigen sei auf das nachfolgende Zitat verwiesen.

Das Zitat: Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun. *Molière*

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag
von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. 186 25 501 bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl 370 100 50

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 – 2300 56 23

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Dienstag und Donnerstag von 12.00 Uhr bis 17.00 Uhr,
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion: A. Richter

redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag zugleich Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Jahresbeiträge:

- Mitglieder, einschl. Freiheitsglocke
- alte Bundesländer 45,00 €
- neue Bundesländer 40,00 €
- Ehepartner 15,00 €
- Aufnahmegebühr Mitglieder 2,60 €
- Abonnement 24,00 €

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (713) erscheint im März 2012

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 712: 15. Febr. 2012